

Haushalt 2014 / 2015

Einbringung des Haushaltsplanes 2014/2015

in den Rat der Stadt Bergkamen am 7.11.2013

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren von Rat und Verwaltung,
liebe Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt,

dies ist nun der 23. Haushaltsplanentwurf, den ich als Kämmerer der Stadt Bergkamen einbringen darf. Ich sage bewusst darf, weil ich diese Aufgabe in der Tat seit fast ¼ Jahrhundert mit großer Leidenschaft angegangen bin und ich mich den Herausforderungen, die immer wieder neu damit verbunden sind, sehr gerne stelle. Also, Langeweile kann bei einer solchen Aufgabe gar nicht aufkommen. Und ich spüre und freue mich sehr darüber, dass es meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kämmerei, die mich alle sehr tatkräftig unterstützen, auch so geht, obwohl schwierigste und überaus stark belastende Situationen zu meistern sind.

Der Bürgermeister sowieso, aber auch der gesamte Verwaltungsvorstand, den ich ja nun zum Sparen anhalten muss und der das für sein eigenes, insbesondere fachliches Zuständigkeitsfeld nicht immer gut finden kann und muss, zieht im Sinne einer zu sichernden Zukunft unserer Stadt in jeder Weise mit! Das ist Ausdruck von kollegialer Verantwortung und ist mein persönliches, positives

Resümee bei der zweifellos letzten, der finalen Einbringung eines Haushaltsplanes durch mich.

Also, meine Damen und Herren, besser kann es fast nicht sein im Miteinander und dass, wo es um Finanzen, Steuern und Abgaben und den damit auch verbundenen Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt geht. Klingt ein bisschen unglaubwürdig, oder? Aber es ist in der Tat so. Ohne diese und was ich ganz besonders hervorheben will, Ihre politische Unterstützung in Form der herbeigeführten Beschlüsse des Rates in all den Jahren wären wir in Bergkamen nicht da, wo wir heute sind und wir könnten Ihnen trotz aller finanzieller Widrigkeiten nicht das vorlegen, wovon wir glauben, das es eine gute Fortschreibung des bisher erreichten ist.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, da ich möchte, dass sie gerne zuhören, weiß ich, dass die Informationen bei der Rede des Kämmerers zur Einbringung des Haushalts nicht zu detailliert sein sollten, auch wenn sie von großem Interesse sind. Deswegen spreche ich jetzt alle wichtigen Themen an und führe kurz dazu aus. Umfänglichere Informationen können sie dann den heute ihnen ausgehändigten schriftlichen Unterlagen entnehmen und wie immer stehen der Bürgermeister und alle Budgetverantwortlichen und ich natürlich wie immer auch, für die Beratungen in den Fraktionen zur Verfügung. Sie sollten gut informiert und schließlich mit gutem Gewissen im Dezember den Haushalt beschließen können.

Meine Damen und Herren,
die Verwaltung legt Ihnen einen Haushaltsplanentwurf vor, der ein jahresbezogenes Volumen von insgesamt 300 Mio. € hat.

150 Mio. € stehen jeweils auf der Ertrags- und Aufwandsseite und der anders als nach dem von ihnen zuletzt beschlossenen Haushaltssicherungskonzept vorsieht, 2014 **keine** Veränderung an den Hebesätzen der Gewerbe- und Grundsteuern sowie der Vergnügungssteuer vorzunehmen.

Bisher war beabsichtigt, den Hebesatz für die Gewerbesteuer bereits im Jahr 2014 auf 480 v. H. festzusetzen um damit einen Mehrertrag in Höhe von rd. 1 Mio. € zu erzielen. Dies sollte ein Beitrag zur Reduzierung des Fehlbedarfs von immer noch 4 Mio. € in 2014 und 2,6 Mio. € in 2015 sein.

Diese Erhöhung haben wir jetzt wie auch eine notwendige Anpassung der Grundsteuern erst beginnend mit dem Haushaltsjahr 2015 eingeplant.

Eine endgültige Entscheidung hierüber meine Damen und Herren, können sie aber im Lichte der Erkenntnisse und - als im Mai des nächsten Jahres neugewählter Rat - im Herbst 2014 treffen. Die in der Haushaltssatzung für den Doppelhaushalt 2014/15 genannten Steuerhebesätze haben deklaratorische Bedeutung und müssen durch eine konkrete, jährlich geltende Hebesatzsatzung durch den Rat eigenständig beschlossen werden.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

ich erwarte nicht, dass es nach Zustandekommen einer von vielen erwarteten Großen Koalition in Berlin, ab 2014 für die Kommunen in Deutschland Manna vom Himmel regnen wird. Darauf stützt sich auch nicht unsere Finanzplanung. Aber die kommunale Familie erwartet zu Recht, dass es nicht nur wegen der Aussagen im Wahlkampf sondern aufgrund belastbarer politischer Erklärungen sowohl der alten Bundesregierung als auch des Bundesrates, also der Länderkammer, zu positiven Veränderungen für sie bei der Finanzausstattung kommen wird. Deswegen wird das kommende Jahr wegweisend sein für die Haushaltssituation der Zukunft aller Städte und Gemeinden in Deutschland !!

Konkreter Grund für diesen Verwaltungsvorschlag ist, dass wir gemeinsam in der kommunalen Familie erwarten, dass der Bund wirklich erkennt, dass die Zukunftsfähigkeit der Kommunen ohne beispielsweise eine Übernahme von Soziallasten und hier insbesondere der Übernahme der Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung auf dem Spiel steht ja eigentlich schon in vielen Städten und Gemeinden nicht mehr gegeben ist. Übrigens ist das keine Forderung, die erst jetzt nach den Bundestagswahlen erhoben wird: Anlässlich der Bund-Länder-Verhandlungen zum Fiskalpakt im Juni 2010 haben der Bund und die Länder ihre Absicht bekundet und verabredet, ein neues Bundesleistungsgesetz in der nächsten Legislaturperiode zu erarbeiten und in Kraft zu setzen um damit die gesetzliche Grundlage für eine Kostenübernahme durch den Bund zu regeln. Diese Ausrichtung wird bekräftigt mit dem einstimmigen Beschluss des Bundesrates vom März 2013, der pinkanterweise auf eine Initiative des Landes Bayern

zurückgeht, und in dem es heißt: Der Bund soll künftig die Kosten der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Eingliederungshilfe vollständig übernehmen.

Die CSU geführte bayr. Landesregierung wird dies bei den jetzt aufgenommenen Koalitionsverhandlungen in Berlin sicher durchsetzen wie die Maut!

Genauso erwarte ich, dass die Verhandlungsführerin der SPD, Frau Kraft, sich erfolgreich für eine Stärkung der Kommunalfinanzen einbringt! Und was ganz besonders wichtig ist: Das Geld, das der Bund zusagt, darf nicht an den klebrigen Fingern der Länderfinanzminister oder der Kollegen Kämmerer der Umlageverbände hängen bleiben, sondern muss bei uns ankommen!

Aus dieser und andere politischen Forderungen auf Bundes und Landesebene heraus folgern wir, dass es tatsächlich in der jetzt begonnenen Legislaturperiode des Bundestages zu Beschlüssen kommt, die den Kommunen nachhaltig helfen werden.

Sollte dies nicht der Fall sein, und die bisherigen Transferleistungen der Stadt zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme wie in den vergangenen Jahren und erst jetzt wieder durch die faktische Erhöhung der Kreisumlage steigen, müssen die für 2015 eingeplanten Mehrerträge bei der Gewerbe- und Grundsteuer durch Hebesatzerhöhungen realisiert werden. Sie wissen wie ich, dass wir in diesem Jahr das gesamte Steueraufkommen aus Gewerbe- u. Grundsteuern, Beteiligung an der Umsatz- und Einkommenssteuer in Höhe von 30 Mio. € quasi an den Kreis „durchreichen“ zur Finanzierung sozialer Aufgaben.

Und lassen sie mich noch ein paar Sätze zur Grundsteuerhöhe sagen. Sie wissen, dass wir im kreisweiten Vergleich zurzeit weit weg von der Höhe sind, wie sie andere Kommunen erheben müssen um den Bedingungen und Auflagen gerecht zu werden die sich aus der verpflichtenden Teilnahme am Stärkungspakt Stadtfinanzen ergeben. Damit hat das Land NRW erstmals anerkannt, dass den Kommunen unter besonderen Voraussetzungen finanzielle Hilfen zukommen müssen. Allerdings - nichts im Leben ist umsonst - verlangt der Stärkungspakt den betroffenen Kommunen auch einiges ab: Z. B: Die massive Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuern sowie der Beiträge, Gebühren und Entgelte für die Nutzung öffentlicher Einrichtungen.

Meine Damen und Herren, wir sollten dabei durchaus gemeinsam vor Augen halten, dass wir uns in Bergkamen sehr früh und zunächst freiwillig für eine ambitionierte Haushaltskonsolidierung entschieden und diese auch Punkt für Punkt umgesetzt haben. Damit haben wir auch nach Feststellungen der Aufsichtsbehörde und der Gemeindeprüfungsanstalt in NRW einen absoluten Spitzenwert bei der Umsetzung von beschlossenen Maßnahmen erreicht!! Damit sie meine verhaltene Freude über diese gute Platzierung - wie im Übrigen auch bei der Pro-Kopf Verschuldung - im interkommunalen Vergleich nicht missverstehen: Lieber wäre mir, wenn wir in dieser Statistik überhaupt nicht aufgeführt werden müssten.

Das, und nur das befähigt uns, noch Spielräume bei der Festsetzung der Hebesätze in einem gewissen Umfang jetzt und in Zukunft zu haben, deswegen haben wir ein genehmigungs- und tragfähiges Haushaltssicherungskonzept auch für die nächsten Jahre aufstellen

können. Dieses fortgeschriebene HSK rüttelt nicht an dem Ziel, 2016 wie gesetzlich vorgeschrieben, wieder einen ausgeglichenen Haushalt zu haben und den Eigenkapitalverzehr zu stoppen!

2016, meine Damen und Herren, könnte ein Jahr mit doppelter historischer Bedeutung werden:

1. 2000, dem Milleniumsjahr, hatten wir zuletzt einen ausgeglichenen Haushalt. Nach 15 Jahren können wir wieder einen jahresbezogenen – wenn auch überschaubaren – Überschuss im Haushalt erwarten.
2. Können wir gemeinsam ein Stadtjubiläum feiern. Quasi die „Goldene Hochzeit“ von 6 bis 1965 selbstständigen Kommunen, die sich vor 50 Jahren freiwillig ihr „Ja-Wort“ zum Zusammengehen gegeben haben.

Es sollte die Aufgabe von Chronisten sein, für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt aus diesem Anlass heraus einmal zusammenzufassen, was wir bis dahin alles verändert, erreicht und auf den Weg gebracht haben.

Den zweiten Teil meiner Ausführungen möchte ich nutzen um darzulegen, dass sich die defizitäre Entwicklung unseres Haushaltes und damit der verbundene Verzehr an Eigenkapital vor allem bei den Liquiditätskrediten (früher Kassenkredite) widerspiegelt. Die Kassenkredite, die sog. schlechten Schulden, weil ihnen keine Werte gegenüberstehen und im Gegensatz zu den Investitionskrediten von ihrem Wesen eigentlich nur kurzfristige, unterjährige Finanzierungsengpässe auffangen sollen und daher keine dauerhafte

Refinanzierungsquelle sind, haben in ihrer Höhe von 80 Mio. € dramatische Ausmaße angenommen. Damit geht insbesondere ein hohes Zinsänderungsrisiko einher, was eine erhebliche Gefahr für den Haushalt und die künftige Finanzplanung darstellt. Die Zinslage ist derzeit noch am untersten Level, dies wird aber auf Dauer nicht so bleiben.

Meine Damen und Herren,

Kassenkredite sind das Symbol der zunehmenden Handlungsunfähigkeit der Städte und Gemeinden geworden. Deshalb bleibt uns der Weg der Haushaltskonsolidierung und des ins Auge gefassten Haushaltsausgleich im Jahre 2016 nicht erspart, nein er ist vor dem Hintergrund der Maxime generationengerechter Haushaltspolitik absolut verpflichtend.

Soviel zur Ertragsseite unseres Haushaltsplanes.

Neben den wichtigen von mir beleuchteten Erträgen gibt es natürlich auch besondere Aufwendungen und Investitionen, die ich gerne hervorheben möchte.

Im Jahr 2014/2015 belaufen sich unsere Gesamtinvestitionen auf über 20 Mio. €. Damit übertreffen wir ausnahmsweise das Investitionsniveau, dass wir in den vergangenen Jahren hatten.

Ab 2016 werden die Investitionen aber auf unter 5 Mio. € jährlich gesenkt werden müssen, damit liegen sie wieder auf der Höhe der durchschnittlichen und problemlosen Investitionsquote früherer Jahre.

Investitionen stellen die Schaffung von Vermögenswerten dar. Einen Euro, den wir in unsere Infrastruktur investieren, sei es in Schulen, Sportanlagen, Kinder- und Jugendeinrichtungen und in den nächsten beiden Jahren schwerpunktmäßig in den Neubau des Feuerwehrgerätehauses Rünthe sowie die Erschließung der Wasserstadt Aden finden wir aktiviert in unserem städtischen Vermögen wieder. Allein 2,5 Mio. € stellen wir bereit für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses und 10 Mio. € städt. Mittel sind vorgesehen für die Wasserstadt Aden. Damit und den dankenswerter Weise vom Land bewilligten Zuwendungen entsteht in Bergkamen eines der größten und innovativsten stadtentwicklungspolitischen Projekte in der Metropolregion Ruhr .

Und was besonders wichtig ist, wir werden hierfür zwar neue Kredite aufnehmen müssen, aber uns dafür keineswegs neu verschulden. Die jährlichen Tilgungsraten für alte Investitionskredite über die gesamte Finanzplanungsperiode bis 2018 sehen eine Entschuldung von über 1 Mio. € vor und das geht nur, wenn wir uns ab 2016 wie vorgesehen zurücknehmen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

soweit zu den wesentlichen Merkmalen unseres Haushaltsentwurfs. Auf die Frage ob es Risiken gibt, muss ich mit **ja** antworten. Niemand weiß

heute sicher zu sagen, wie sich die Wirtschaft in Deutschland und Europa in den kommenden Monaten und Jahren entwickeln wird. Einen erneuten Einbruch der Wirtschaftsleistung, wie z. B. Griechenland und anderen EU Staaten können die öffentlichen Haushalte nicht verkraften.

Auf die Frage, ob es Chancen gibt, kann ich ebenso mit **ja** antworten. Die gibt es, wenn alle Beteiligten ihre jeweiligen Zusagen einhalten.

1. Das Land hat dies bereits mit großem Engagement durch die 1. Stufe des Stärkungspakts auf den Weg gebracht, weitere sollten folgen.
2. Nun ist der Bund an der Reihe, seine Zusagen von denen ich Eingangs berichtet habe, in Geld umzumünzen.
3. Die Kommunen werden seit 1991 an den Kosten der Deutschen Einheit beteiligt. Bis zum Jahresende 2013 wird die Stadt Bergkamen 35 Mio. € hierfür geleistet haben.

Dafür hatten wir natürlich keine Rücklagen oder Rückstellungen gebildet, sondern müssen damit umgehen, dass der jährliche Betrag von rd. 1,5 Mio. € über die Gewerbesteuerumlage zu finanzieren ist.

Und dies wird bis 2018 so weitergehen.

Ich setze darauf, dass nach dem Auslaufen des Solidarpakts ab 2019 die Kommunen an den verbleibenden finanziellen Folgen der Deutschen Einheit nicht mehr beteiligt werden.

4. Und schließlich besteht die beste Chance die Zukunft unserer Stadt zu sichern und zu gestalten, nach meiner persönlichen Überzeugung und Erfahrung darin, dass Sie dem Doppelhaushalt 2014/2015 und der Finanzplanung bis 2018, wie in all den vergangenen Jahren auch, Ihre Zustimmung geben!

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen und mir eine gute und konstruktive Debatte.

Glückauf